Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 3 (1923-1924)

Heft: 6

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gedichte von solcher spezifischen Art und Eigenart wird man bei Büchli mehr finden als sonst in lyrischen Sammelbänden. Der Autor scheint mit kritischer Strenge die Publikationen gesichtet zu haben, denn dem Leser bleiben alle schlechtweg tastenden Versuche erspart. Diese dichterische Selbstzucht erfordert und verdient auch eine eingehendere Würdigung der solcherart gefilterten lyrischen Auslese. Sie ist in Wahrheit ein gutes Landesgewächs, herbstkräftig und gewürzig wie ein gesunder Schweizer Wein. Das schweizerische Schrifttum, dem die deutsche Literatur so reiche und fruchtbare Gaben verdankt, hat in Arnold Büchli eine neue Stimme gewonnen, die über den Tag hinaus vernehmlich bleiben wird.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Minister Lardy †.

Am 27. Juni 1923 ist auf seinem Landsitz Chatillon bei Bevaix (Neuenburg) der frühere Schweizer Gesandte in Paris, Minister Carl Lardy, fünfundsiebzigjährig gestorben.

Es geziemt sich wohl, daß auch in diesen Heften dieses aufrechten Schweizers mit Dankbarkeit gedacht werde. Lardy hat sich im Dienste seines Landes und seiner Landsleute recht eigentlich verzehrt; für sie war ihm keine Arbeit zu gering, ihnen opferte er seine ganze Zeit und Kraft. Den Schweizern in Frankreich war er ein Führer, seinen Mitarbeitern an der Gesandtschaft ein unerreichtes Vorbild. Lardy war überhaupt ein musterhafter diplomatischer Vertreter der Schweiz, und am wenigsten konnte ihn die oft billige Kritik treffen, wie sie mit Vorliebe an unsern Auslandsvertretungen geübt zu werden pflegt. Er legte — ein Ausnahmefall — seine ganze Laufbahn an der Pariser Gesandtschaft zurück. Die feste Stellung, die er so gewonnen, verschaffte ihm ein hervorragendes Ansehen bei der französischen Regierung und machte ihn dem Bundesrat in allen internationalen Fragen zum unentbehrlichen Berater. Seine auf ernsthaften historischen Studien beruhenden Kenntnisse, verbunden mit den reichen Erfahrungen eines Menschenalters, gaben seinem Urteil besonderes Gewicht; er war wohl einer der gewiegtesten Kenner der Zonenfrage. — Leider nahm Lardy schon während des Krieges, 1917, seinen Rücktritt vom Amt. Aber auch seither noch leistete er, als Mitglied der schweizerischen Delegation im Haager Schiedsgericht, dem Land wertvolle Dienste. Mit großer Anteilnahme verfolgte er bis zu seinem Lebensende den Gang der vaterländischen Geschicke, und es steht zu hoffen, daß seine eigenen Aufzeichnungen oder eine Darstellung von nahestehender Seite uns bald näheren Einblick in das reiche Lebenswerk dieses guten Eidgenossen gewähren werde. x.

* * *

Zur Frage der Kündigung des Gotthardvertrages

(siehe August-Heft) erhalten wir aus unserem Leserkreis noch folgende Zuschrift:

Da anscheinend die Diskussion über den Gotthardvertrag noch immer nicht erschöpft ist, sei einmal gestattet, eine neue Anregung zu machen. Wäre es eigentlich nicht am einfachsten, die Schweiz würde den beiden Subventionsstaaten Deutschland und Italien die Rückzahlung der geleisteten Subventionen anbieten gegen die Aufhebung des Gotthardvertrages? Das wäre doch bei der jetzigen Finanzlage beider Länder ein wahrhaft glänzendes Angebot, dessen Ablehnung weder der deutschen, noch der italienischen Regierung leicht fallen dürfte. Für die Schweiz allerdings eine namhafte Leistung, aber da man auch bei uns sich an das Rechnen mit großen Ziffern allbereits gewöhnt hat, sollten wir vor der Aufbringung der nötigen 85 Millionen nicht zurückschrecken. Gegen den Gotthardvertrag sind seinerzeit so manche Bedenken politischer und nationaler Art geltend gemacht worden (wurde er doch in der Westschweiz geradezu als traité néfaste gebrandmarkt), daß die Bundesbehörden zweifellos für eine solche Operation die Mithilfe weitester Kreise erwarten dürften. Geld sollte also da, wo es sich um die Ablösung einer offenbar als lästig empfundenen Verpflichtung handelt, keine Rolle, oder doch nur die zweite Rolle spielen.

Findet der Bundesrat tatsächlich genügenden Rückhalt in der Bevölkerung, um den angedeuteten Weg einzuschlagen, so wäre sogar die Anbahnung einer eigentlichen Nationalsubskription zur Beschaffung der Ablösungssumme denkbar (Voraussetzung wäre natürlich, daß das Geld ausschließlich im Inland aufgebracht würde). Wir können uns nicht vorstellen, daß sich gegen einen solchen Plan ernsthafter Widerstand regen würde; jedenfalls wäre das Ziel — Beseitigung eines alten Zankapfels — einer gewissen Anstrengung wert. Auch die sog. regionalen Interessen, wie sie sich bereits wieder in der Frage der Elektrifizierung bemerkbar machen, könnten sich hier wohl nicht vordrängen.

Zur politischen Lage.

Wie aus einem bequemen Klubsessel in einer Theaterloge sieht der Schweizer jetzt mit einem behaglichen Gefühl der Sicherheit auf das wirre Durcheinander auf der europäischen Bühne herab. Gerade das aber macht ihm meist das Verständnis für die gewaltigen neuen Kräfte unmöglich, die die Kriegs- und besonders die Nachkriegszeit in den betroffenen Ländern entfesselt hat. Man bemerkt kaum, daß da ganz neue politische Ideen und Kräfte aus der furchtbaren Notlage heraus entstanden und im Entstehen sind. Man beachtet nicht, daß alte, eingewurzelte Ideen und Einrichtungen immer mehr bedroht und überflügelt werden. Wie hat man zum Beispiel den in Italien aufkommenden Faschismus in unserer gesamten Oeffentlichkeit mit Hohn und Spott überschüttet, ihm jede größere Bedeutung abgesprochen, bis er plötzlich als ausschlaggebende Macht dastand. Man hat eben über die neuen Ideen und Kräfte, welche hier am Werke sind, noch ganz und gar keine Klarheit. Und ebenso steht es mit den in vielem ähnlichen, in sehr vielem grundverschiedenen neuen politischen Gruppen in Deutschland. Wer weiß etwas Genaueres über die Ziele der soviel genannten Nationalsozialisten in Süddeutschland oder der „Völkischen" im Norden? Jedenfalls kaum einer unter den Hunderten, die fast tagtäglich über sie schimpfen. Und doch liegt die genauere Kenntnis der dicht an unsern Grenzen fieberhaft tätigen Kräfte in unserm eigensten Interesse.

Eine der bemerkenswertesten Umwälzungen im politischen Denken scheint mir nun in der Einstellung zum parlamentarischen System vor sich zu gehen. Bis zum Kriege und auch noch weiterhin hatte man die unerschütterliche Ueberzeugung, daß sich die Kulturhöhe eines Staates vor allem in der Uebertragung der gesetzgebenden Gewalt an gewählte Volksvertreter zeige. Je nach der Ausdehnung der Befugnisse der Volksvertretung und des Wahlrechts, nach der Durchführung der Verhältniswahl und dergleichen wurden den einzelnen Staaten gute oder schlechte Noten erteilt. Das Ideal war vielfach der reine Parlamentarismus. Da lösten sich entweder zwei große Parteien in einem ewigen Schaukelsystem in der Regierung ab, oder es bestand das hemmungslose Durcheinander einer Reihe von verschiedenen Parteien. Dies zeigen in schönster Reinkultur Frankreich, bis 1922 Italien und seit 1918 Deutschland. Hier liegt schließlich die gesamte Regierungsgewalt in den Händen des Parlaments. Der einzelne Abgeordnete gewinnt die größte Bedeutung. Sorgfältig wird zum Beispiel in der Berliner Presse der leiseste Lufthauch in diesen Kreisen beobachtet, jeder Ausspruch der „prominenten Persönlichkeiten" verzeichnet und wohl gar in alle Welt hinaus berichtet. In den ganzen Staat kommt eine ewige Unruhe und Unsicherheit. Regiert wird in erster Linie so, wie es der Vorteil der einzelnen Parteien erfordert. Dabei kann sich die Allgemeinheit und der Staat nicht allzu wohl befinden. Der größte Uebelstand besteht aber darin, daß eigentlich niemand die Verantwortung trägt. Der Abgeordnete kann ja höchstens nicht wieder gewählt werden.

So hatten sich in der überlieferten demokratischen Regierungsform sicher viele Mängel gezeigt, die nun in den letzten Jahren mit ihren außerordentlich schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse grell zutage traten. In den am meisten betroffenen Ländern wurde deshalb auch überall Kritik am Parlamentarismus laut. Die Bestrebungen der äußersten Linken sind ja allgemein bekannt. Aber auch von rechts, aus dem Bürgertum, hat das bisherige System scharfe grundsätzliche Angriffe getroffen. Größere Bedeutung haben diese bisher nur in Deutschland und Italien erlangt.

Von den deutschen Verhältnissen soll ein anderes Mal im Zusammenhang gesprochen werden, wenn sich die Dinge noch weiter entwickelt haben werden. In Italien dagegen sind Ereignisse vor sich gegangen, die bei uns verhältnismäßig sehr wenig beachtet wurden, die aber gerade in diesem Zusammenhang eine Würdigung verdienen.

Der italienische Faschismus hat von Anfang an den Parlamentarismus bekämpft, und er hat diesen Kampf jetzt zu einem gewissen Abschluß gebracht. Die ganze Politik Mussolinis seit dem Erringen der Macht ist außerordentlich folgerichtig, aber auch bedächtig, nichts überstürzend und maßvoll. Er hat denn auch das Parlament nicht abgeschafft, sondern seine Bedeutung einfach sehr stark eingeschränkt. Die Verhältniswahl ist in der Hauptsache aufgehoben. Eine Partei — jetzt natürlich der Faschismus —, die bloß einen Viertel der Wähler hinter sich zu haben braucht, wird in Zukunft drei Viertel der Sitze im Parlament und damit die vollständige Gewalt im Staate erhalten. Natürlich wird sie auch die volle Verantwortung übernehmen müssen. Damit ist die bisherige Art der parlamentarischen Politik unmöglich gemacht und die Opposition zur vollständigen Machtlosigkeit verurteilt. Neue grundlegende Ideen finden sich also nicht, sondern nur eine praktische Umänderung der bisherigen Einrichtungen. Mussolini hat sich damit begnügt, eine sichere Regierungsgewalt zu schaffen. Einen beispiellosen Erfolg für ihn und eine unerhörte Niederlage des Parlamentarismus bedeutete es dabei, daß er dies Ziel auf völlig gesetzmäßigem Wege unter Zustimmung der Mehrheit der bisherigen Abgeordneten erreichen konnte. Es muß doch ein System schon durch und durch morsch und faul sein, bis seine eigenen Vertreter zu dessen Abschaffung ausdrücklich ihre Zustimmung geben!

* * *

Die allgemeine Politik hat sich in den verflossenen Monaten in den im letzten Heft geschilderten Bahnen weiter entwickelt. Der Gegensatz zwischen England und Frankreich ist weiterhin in einem Notenkrieg und in der Presse ausgetragen worden. Bemerkenswert ist dabei, daß diesmal die Engländer die ganze französische Politik in der Reparationsfrage grundsätzlich ablehnen. Der ganze Notenaustausch wird eingehender zu würdigen sein, wenn er zu einem vorläufigen Abschluß gelangt sein wird. Daneben führt England die Feindseligkeiten gegen Frankreich auf wirtschaftlichem Gebiete weiter. Das Sinken des französischen Frankens soll die französische Politik wohl etwas nachgiebiger machen.

Die Franzosen ihrerseits bemühen sich, an der Ruhr rasch zu einem Ergebnis zu gelangen. Ihre Maßnahmen verschärfen sich zusehends. Die Verurteilung der Direktoren der Badischen Anilinfabrik, die gänzliche Absperrung des besetzten Gebietes vom übrigen Deutschland während Monaten, die Ausweisungen im großen Umfang zeigen das ganz deutlich. Einstweilen ist allerdings noch kein Erfolg sichtbar, und die wirtschaftliche Ausnutzung scheint eher noch weniger befriedigendere Ergebnisse zu liefern als früher.

Im ganzen kann man sagen, daß der Gegensatz zwischen England und Frankreich weiter besteht, ohne daß eine erhebliche Aenderung der Lage eingetreten wäre.

* * *

Vielleicht kann der Ausgang des Ringens zwischen England und Frankreich einigermaßen beeinflußt werden durch die Entwicklung in Deutschland. Hier ist der Zusammenbruch der deutschen Währung offensichtlich geworden, und die deutsche Wirtschaft und das ganze Leben überhaupt in die größten Schwierigkeiten geraten. Nach Außen fanden diese Schwierigkeiten ihren Ausdruck in einem Regierungswechsel. Reichskanzler Cuno ist plötzlich hinweggefegt worden. Sein bürgerliches Kabinett ist ersetzt worden durch eine Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten. Die neue Regierung hat also den allergrößten Teil des Reichstags hinter sich; nur die Gruppen zu äußerst rechts und links sind draußen geblieben. Sie befindet sich damit in einer günstigern Lage als ihre Vorgängerin. Es läßt sich jedoch nicht absehen, auf welchen neuen Wegen sie die Gesundung der Verhältnisse erzielen will. Es wird auch dem neuen Reichskanzler Stresemann nicht viel anderes übrig bleiben, als dasselbe zu tun wie sein Vorgänger. Was die neue Persönlichkeit im Amte, der Führer der deutschen Volkspartei, durch seine persönlichen Eigenschaften mehr erreichen wird, ist ganz unsicher. Es ist sehr wohl möglich, daß auch der neue, begeistert empfangene Mann sich gerade so verbrauchen wird wie sein ebenso begeistert empfangener Vorgänger. Auf jeden Fall sind aber die deutschen Verhältnisse in derart rascher Entwicklung begriffen, daß man in jedem Augenblick auf neue schwerwiegende Ereignisse gefaßt sein muß.

* * *

Präsident Harding ist gestorben. Sein Nachfolger, Coolidge, ist ein unbeschriebenes Blatt. Bei dem großen Einflusse des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf die Politik seines Landes könnte dies Ereignis eine Wendung in der großen Politik bedeuten. Irgend etwas Sicheres läßt sich heute noch nicht sagen. Bei den eigenartigen amerikanischen Verhältnissen wird man jedoch gut daran tun, möglichst wenig zu erwarten. Es ist wenig wahrscheinlich, daß Amerika seine zuwartende und dabei einträgliche Haltung aufgibt.

22. August 1923. Hektor Ammann.

Bürgerkrieg.

Ein Brief aus Deutschland.

Durch die Zeitungen und die Gespräche der Menschen jagt jetzt das Wort vom Bürgerkriege. Das ist kein bloßes Schlagwort, mit dem man die Aengstlichen schreckt, oder mit dem sie sich selber schrecken. Es ist vielmehr so ernst zu nehmen, wie nur etwas in Deutschland heute ernst genommen werden muß.

Wer es leicht nehmen wollte, der würde sich der Gutgläubigkeit mitschuldig machen, mit der die Deutschen sich noch immer betrogen haben. Auch vor dem 9. November hat eigentlich niemand wahrhaben wollen, daß es je zu einer Revolution in Deutschland kommen werde: so etwas, sagte man, gibt es doch nicht in unserm Ordnungslande. Aber dann kam die Revolution! Und auch dann wieder, als der Vertrag von Versailles unterschrieben war, hat man noch lange Zeit hin nicht recht glauben wollen, daß die Entente nun wirklich auf seiner Erfüllung bestehen würde: es wird sich eben herausstellen, so beruhigte man einander, daß ein so unmöglicher Friedensvertrag eine Unmöglichkeit in sich ist. Aber dann bestand Frankreich auf ihm, bis auf den Buchstaben, und noch darüber hinaus! Auch davon sprach man, daß ein so starkes Wirtschafts- und Arbeitsland wie Deutschland niemals in österreichische, geschweige denn zu russischen Zuständen herabsinken könne. Nun, der Stand der österreichischen Geldentwertung wurde nicht nur erreicht, sondern überschritten, und demjenigen der russischen Geldentwertung geht man jetzt entgegen! Auch von der Ruhrbesetzung, noch in den Wochen, in den Tagen, die ihr vorausgingen, sagte man, daß es nie zu ihr kommen werde. Aber am 11. Januar wurde die Ruhr besetzt! Wie wird es mit dem Bürgerkriege sein, von dem man jetzt so laut und ganz allgemein und in aller Oeffentlichkeit spricht? Wird diese Aussprache die Gefahr bannen? Oder ist sie bereits das Zeichen eines Schicksals, das sich unentrinnbar vollzieht? Man warnt. Man erörtert die Folgen. Man greift zu Hilfsmitteln in letzter Stunde. Aber sehr eigentümlich und beinahe unheimlich ist, daß man gleichwohl von einer neuen Revolution als einer Selbstverständlichkeit spricht, im Tone einer schrecklichen Gewißheit, fast mit Gelassenheit. Immer verbreiteter wird in der Nation das Gefühl, daß es für sie in dieser schrecklichen, dieser verzweifelten, dieser völlig aussichtslosen Lage, in der sie sich befindet, überhaupt keine Rettung, Lösung, Erlösung gibt als die gewagte und ungewisse, die sich aus dem Bankrott, und wäre es aus der Katastrophe ergeben könnte.

Aus dem Geiste des Versailler Vertrages drohte schon immer die Möglichkeit herauf, daß das deutsche Volk einen letzten Ausweg in einem Ausbruche suchen werde, der, wie die deutschen politischen Dinge nun einmal liegen, zunächst nach Innen gewandt sein muß. Dieser Versailler Vertrag hat der Nation jede Bewegungsfreiheit genommen und das Land, den Staat, die Republik allen Zugriffen der Nachbarn ausgesetzt. So kann kein Volk leben. So kann es nicht arbeiten. Seine Arbeit wird zur Sklaverei. Anderseits ist wahr, daß der Ruhreinbruch die Front, die Abwehrfront gegen das Schicksal, noch einmal nach Außen verlegt hat. Und es ist sicher, daß so lange wie diese Front gehalten und der Widerstand weitergeleistet wird, es in Deutschland nicht zu inneren Wirren, wenigstens nicht zu solchen von dem Ausmaß einer wirklichen Revolution, kommen kann — es sei denn aus wirtschaftlichen Gründen, aber nicht aus politischen. Bürgerkrieg im Rücken einer kämpfenden Front wäre eine zu schlechte Sache, um nicht alsbald die Nation geschlossen gegen sich zu haben. Revolution im Rücken des kämpfenden Heeres war 1918 möglich, weil damals das Volk von dem Abbruche des Weltkrieges das Ende aller Not, ja den Dank der andern Völker, den Frieden und Weltfrieden und seine eigene Wohlfahrt erwartete. Es gibt auch heute noch Politiker, gibt Unbelehrte und Unbelehrbare in Deutschland, die keine andere Lösung des Ruhrkonfliktes sehen als durch eine bedingungslose Verständigung, und dies ist bedingungslose Unterwerfung. Aber es steht diesmal kein Glaube des Volkes hinter ihnen. Und vor allem haben sich die Verhältnisse gegen 1918 dadurch völlig geändert, daß die Arbeiterschaft,

die 1918 der Träger der Revolution war, sich 1923 willentlich in die Abwehrfront eingereiht hat und sie mit ihren Massen stützt, sie unmittelbar bildet, sie überhaupt nur möglich macht. Die Kommunisten namentlich haben allem Pazifismus, in dem noch die Spartakusleute ideologisch befangen waren, in der Zwischenzeit auf russische Weisung mit deutscher Gründlichkeit abgesagt und sind zu der Partei eines außenpolitisch gerichteten Aktivismus geworden. Aber zugleich sind die Kommunisten die Partei des Bürgerkrieges, sie haben die Doppelparole ausgegeben „gegen Poincaré" und „gegen Cuno" und diese damit zu rechtfertigen versucht, daß die Regierung Cuno doch nicht die Kraft zum Widerstande haben werde. In dieser Voraussage und Voraussicht haben die Kommunisten sich bis zur Stunde nun freilich getäuscht. Nicht anders ist bis zur Stunde die Begründung hinfällig geblieben, die von den Kommunisten ihrem Kampfe gegen Cuno gegeben wurde, und nach der hinter seiner Regierung ein deutscher Kapitalismus stehen sollte, der zur Auslieferung der Ruhr an den französischen Kapitalismus durchaus bereit und bis auf den Prozentsatz, um den aller Streit gehe, auch schon mit ihm handelseinig sei. Tatsache ist vielmehr, daß die westfälische Unternehmerschaft, das Kohlensyndikat, Stinnes zuerst den Entschluß zum Widerstande gefaßt haben, und daß ihrem Vorbilde und Beispiele dann die Arbeiter in ausgezeichneter Haltung gefolgt sind. Tatsache ist ferner, daß die Direktoren, Ingenieure, Beamte in die französischen Gefängnisse gingen, Krupp voran, auf Monate, Jahre, Jahrzehnte, was nicht gerade nach einem Geheimpakte aussieht. Tatsache ist schließlich, daß die Regierung Cuno den Widerstand aufrecht erhielt. Solange die deutsche Regierung die Kapitulation vor Frankreich verweigert, gibt es infolgedessen auch für den deutschen Revolutionär kein politisches Recht auf Bürgerkrieg.

Erst der Abbruch des Widerstandes könnte das Zeichen für den Bürgerkrieg werden: für den Bürgerkrieg als politischen Kampf, der von den Parteien als solcher herbeigeführt und in dem sich dann die Spannung, in der die Nation lebt, gewaltsam auslösen würde. Nicht zuletzt dürfte es die Furcht vor einer derartigen gewaltsamen Auslösung gewesen sein, die jetzt die Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbureaukratie bestimmt hat, sich zu einer Fortsetzung des Widerstandes sogar „bis zum Aeußersten" zu bekennen. Der Kommunismus dagegen hat sich für Aufschub des Bürgerkrieges aus einem andern Grunde erklärt und hat mit Offenheit ausgesprochen, daß er im Augenblicke noch nicht stark genug sei, um ihn wagen zu können. Es ist keine Frage, daß unter den sozialistischen und proletarischen Parteien und Parteirichtungen die K. P. D. diejenige ist, die heute eine allerstärkste Anziehungskraft besitzt und Werbekraft ausübt. Die ehemaligen Unabhängigen und linken Mehrheitssozialisten nähern sich ihr an, die Parteiüberdrüssigen aller Art neigen ihr zu, sie hat ganz allgemein die Sympathie des Proletariats, und die Verwirklichung der von ihr propagierten proletarischen Einheitsfront rückt in den Bereich des Möglichen, fast schon des Wahrscheinlichen. Aber auch eine noch so große Mitgliederzunahme genügt noch nicht. Deutschland ist nicht Rußland, das Bürgertum und damit die Intelligenz hat in Deutschland eine ganz andere Dichte und Bedeutung, und wenn sogar Sowietrußland heute bedauert, im Verlaufe der bolschewistischen Revolution die russische Gebildetenschicht vernichtet zu haben, dann wird verständlich, daß der deutsche Kommunismus versucht, die entsprechende deutsche Gebildetenschicht bei Zeiten für sich zu gewinnen. Aus diesem Zusammenhange ist der Versuch zu verstehen, den Radek unternahm, eine Verständigung zwischen deutschem Kommunismus und deutschem Nationalismus zustande zu bringen, zwischen der äußersten Linken und der äußersten Rechten. Radek ging dabei, wie es von einem Anhänger materialistischen Geschichtsdenkens nicht anders zu erwarten war, mit wirtschaftlichen Beweisgründen vor. Er wandte sich an das deutsche Kleinbürgertum, das sich heute in einer sehr viel schwereren Notlage befindet als das eigentliche handarbeitende Proletariat, und suchte es für die kommunistische Sache zu gewinnen, indem er diese zugleich als die nationale Sache auslegte. Es geschah in der viel bemerkten Rede, die Radek in Moskau über Schlageter hielt. Er nahm in dieser Rede für den Kommunismus in Anspruch, daß er nicht nur

für die wirtschaftliche „Befreiung" der Arbeiterklasse kämpfe, sondern für die „Freiheit" alles dessen, „was arbeitet und leidet in Deutschland". Zwischen „Befreiung" und „Freiheit" wurde eine Gedankenverbindung hergestellt, die das Kleinbürgertum dem Proletariat politisch gewinnen sollte. Aber auch der Kommunismus bekam von Radek eine neue Parole, nach der sich die Partei bei aller Internationalität der grundsätzlichen Einstellung nunmehr in Deutschland als die Vertreterin des nationalen Interesses zu begreifen habe. Aus dem Kleinbürgertum rekrutiert sich das, was Radek den deutschen Faschismus nennt, rekrutiert sich der neue deutsche Nationalismus, der den Klassenkampf bekämpft, weil er das Volk als Nation in den Kampf um seine Selbständigkeit führen will, und als dessen symbolische Märtyrergestalt auch von kommunistischer Seite nunmehr Schlageter gefeiert wurde. Radek stellte so die Partei in das Dilemma einer neuen Doppelparole, die einerseits verlangte, daß der Faschismus bekämpft, anderseits, daß er umworben werde. Aber er setzte sich über diesen Widerspruch hinweg, indem er um so stärker das immer noch bestehende Gemeinsame zwischen Proletariat und Nation betonte. Er sagte in seiner Rede: „Nur wenn die deutsche Sache die des deutschen Volkes ist, nur wenn die deutsche Sache im Kampfe um die Rechte des deutschen Volkes besteht, wird sie dem deutschen Volke tätige Freunde werben. Das stärkste Volk kann nicht ohne Freunde bestehen, destoweniger ein geschlagenes, von Feinden umgebenes Volk. Will Deutschland imstande sein, zu kämpfen, so muß es eine Einheitsfront der Arbeitenden darstellen, so müssen die Kopfarbeiter sich mit den Handarbeitern vereinigen zu einer eisernen Phalanx. Die Lage der Kopfarbeiter erfordert diese Einigung. Nur alte Vorurteile stehen ihr im Wege. Vereinigt zu einem siegreichen, arbeitenden Volk, wird Deutschland imstande sein, große Quellen der Energie und des Widerstandes zu entdecken, die jedes Hindernis überwinden werden. Die Sache des Volkes zur Sache der Nation gemacht, macht die Sache der Nation zur Sache des Volkes. Geeinigt zu einem Volk der kämpfenden Arbeit, wird es Hilfe anderer Völker finden, die um ihre Existenz kämpfen. Wer in diesem Sinne den Kampf nicht vorbereitet, der ist fähig zu Verzweiflungstaten, nicht fähig aber zum wirklichen Kampfe." Unter den „Verzweiflungstaten" verstand Radek den Kampf der Nationalisten gegen Frankreich, der in Sabotageakten geführt wird. Unter dem „wirklichen Kampf" verstand er den Bürgerkrieg, zu dem denn auch die Partei in ihrer Presse alsbald in aller Form aufforderte.

Die Aktion, zu der Radek vorstieß, hat dann zu einer Aussprache zwischen Kommunismus und Nationalismus geführt. Radek selbst rief diese Aussprache hervor, in dem er sich an das „Gewissen" *) wandte. Und in der Parteipresse hat diese Aussprache schließlich ihre Fortsetzung gefunden. Im Verlaufe dieser Aussprache wurde Radek darauf hingewiesen, daß der Kommunismus den Klassenkampfgedanken aufgibt, wenn er sich heute nicht nur an die Handarbeiter, sondern auch an die Kopfarbeiter wendet. Dieser „nationalisierte" Kommunismus, den Radek verkündet, wendet sich an Beamte und Angestellte, er nimmt neuerdings die Bauern hinzu, er bezieht in einer noch neueren Auslassung ausdrücklich „Ingenieure, Offiziere und die tüchtigen Bankbeamten" ein, die der Kommunismus „nötig" haben werde, wenn er „mit den geringsten Verlusten Deutschland aus der Not herausführen wolle". Eben dies ist nun beinahe wirklich, wenn wir die Parasiten nicht rechnen, die ganze Nation! Und allerdings ist die Ueberzeugung der deutschen Nationalisten, daß Deutschland nur gerettet werden kann, wenn es gelingt, die ganze Nation aufzubieten, diese sechzig Millionen, die vielleicht schon, wenn es möglich wäre, sie in eine einzige und gemeinsame Richtung zu bringen, durch die Wucht ihres Vorhandenseins der Weltstimmung eine Wendung des deutschen Schicksals geistig abzwingen würden.

---

*) Anmerkung der Schriftleitung: Das „Gewissen" ist eine in Berlin erscheinende Wochenschrift, die wir unsern Lesern warm empfehlen können. Es schaart sich um sie ein Kreis der jüngern deutschen Intelligenz, die, der Parteiwirschaft satt, in ehrlichem Bemühen nach neuen Formen des politischen und staatlichen Lebens sucht.

Auch die „zweite Revolution", der „Bürgerkrieg", das Chaos, kann im Angesichte der Geschichte nur dann einen Sinn bekommen, wenn daraus nach dem Beispiele aller Revolutionen, die noch immer ihre Völker nationalisiert haben, die geschlossene Nation hervorgeht. Es gibt Deutsche, die im Angesicht der phantastischen Zustände, in denen das deutsche Volk jetzt lebt, keinen andern Ausweg sehen als den Umweg über den Ausbruch. Auf ihn müssen wir in Deutschland immer gefaßt sein.

Aber auch daran muß erinnert werden, was im Verlaufe jener Aussprache mit Radek das „Gewissen" gesagt hat: daß einem Volke, welches sich einen dreißigjährigen Glaubenskrieg geleistet hat, auch ein dreißigjähriger Bürgerkrieg zuzutrauen ist. Niemand will ihn in Deutschland. Kommunisten, Nationalisten, oder wer immer vom Bürgerkrieg spricht, sie alle sprechen zugleich von einer Diktatur, die Deutschland schnell aus dem Tumulte herausführen müsse. Aber Vorsätze sind keine Gewißheit. Die Ereignisse werfen alle Berechnung um. Sie könnten Europa umwerfen. Und darauf muß Europa gefaßt sein.

Moeller van den Bruck.

Nachschrift der Schriftleitung: Dieser „Brief" ist uns in der zweiten Augustwoche zugekommen. Seitdem hat die Regierung Cuno demissioniert, und es ist an ihre Stelle das Kabinett Stresemann der sog. großen Koalition getreten. So sehr unsere Wünsche diese neue Regierung begleiten: es möge ihr gelingen, der innern und äußern Schwierigkeiten ihres Landes Herr zu werden, so wenig ist es uns möglich, uns ganz der Stichhaltigkeit der düsteren Ausblicke unseres deutschen Mitarbeiters zu verschließen. Wir haben dagegen bloß vorzubringen, daß wenn dem so ist, Deutschland sich von den Warnungen, die es deswegen ans Ausland richtet, so gut wie keine Wirkung versprechen darf. Es gibt nichts Selbstsüchtigeres auf der Welt als die Staaten, und die Freude eines Staates über den Niedergang eines andern überwiegt stets sein Bedauern darüber, ist dann doch in dem Raume, in dem die Dinge sich nachgerade so hart stoßen, wieder ein Platz frei. Mag das klug sein oder nicht, es ist aber so! Die Einsicht, daß der Schaden des andern auch in sehr hohem Maße der eigene Schaden sein kann, kommt meist zu spät! Im übrigen gilt unter Staaten ein Staat nur das, was er aus eigener Kraft ist.

Gegen die Ruhrbesetzung.

Seit mehr als einem halben Jahr halten Frankreich und Belgien das Ruhrgebiet mit militärischer Gewalt besetzt. Keine Macht in Europa und in der Welt scheint stark genug oder gewillt zu sein, diesem Zustand entgegenzutreten. Auch die kleine Schweiz kann es nicht. Aber die politische Ohnmacht enthebt uns, gerade uns Neutrale und uns Schweizer, nicht der Pflicht, gegen diese Besetzung, die eine wehrlose, friedliche Bevölkerung unter der Knechtschaft fremder Willkür hält, unsere Stimme zu erheben.

Ein Friedensvertrag, den Deutschland unterzeichnen mußte, legt den Besiegten unerhörte Entschädigungslasten auf, deren Bemessung in die Hand der Gegner gelegt ist. Die Gegenpartei entscheidet einseitig darüber, ob Deutschland die ihm zugemessenen Pflichten erfüllt habe, und welche Maßregeln am Platze seien, um es zur Erfüllung zu verhalten. Sie findet es für gut, ohne sich auf eine kontradiktorische Verhandlung oder eine unparteiische Untersuchung einzulassen, in das wichtigste Industriegebiet, das Deutschland geblieben ist, einzumarschieren und sich mit gewaltsamer Hand bezahlt zu machen. Und als Mittel, um die Regierung des Landes zum Nachgeben zu zwingen, wird die Peinigung der wehrlosen Bevölkerung des besetzten Gebietes angewandt.

Wir halten den Versailler-Vertrag für ein Instrument der Unwahrheit und Ungerechtigkeit, weil er auf der unwahren Behauptung beruht, daß Deutschland allein schuld am Kriege sei. Aber selbst wenn alle Lasten, die Deutschland auferlegt worden sind, gerecht wären, könnten wir nicht ohne Entrüstung das Verfahren hinnehmen, nach dem der Sieger seine Macht geltend macht.

Mit aller Welt hatten wir erwartet, daß nach Beendigung des Krieges, der für Recht und Freiheit geführt worden sein sollte, die Streitigkeiten unter Staaten, wie unter Gleichberechtigten, zum Austrag gebracht würden; daß mit der vertraglich vorgesehenen Besetzung der Rheinlande die kriegerischen Gewaltmaßregeln ihr Ende finden, und daß die Völker nach allen Schrecknissen des Krieges wieder unter selbstgewählter Regierung der friedlichen Arbeit nachgehen dürften. Statt dessen sehen wir, wie eine mächtige Partei, um sich ihre vermeintlichen Ansprüche zu erzwingen, die andere, die sich entwaffnet hat, mit Kriegsmacht überzieht und unter das Schreckensregiment der Säbelherrschaft stellt.

Soll das die Art sein, in der in Zukunft, im Zeitalter der Schiedsgerichtsbarkeit und der Demokratie, eine mächtige Vertragspartei von einem schwachen Schuldnerstaat ihre Forderungen eintreibt?

Uns erscheint das, nicht nur vom Standpunkt des formellen Rechtes aus, sondern auch von dem der höheren Gerechtigkeit, welche die für den Frieden der Welt verantwortlichen Regierungen leiten soll, ein Verbrechen an der Menschheit, und wir halten es für unsere Pflicht, dieser unserer Ueberzeugung vor aller Welt Ausdruck zu geben.

Wir sind nicht im Stande, der Ungerechtigkeit mit Gewalt zu wehren, aber es soll nicht gesagt werden können, daß wir ihr stumm und teilnahmslos zugesehen haben, weil sie nicht unmittelbar uns selbst trifft. Die Sache der Gerechtigkeit ist eine Sache der ganzen Menschheit.

Unterschriften:

Aus dem Aargau: Pfr. R. Gloor, Reg.-Rat M. Schmidt, Redaktor Zimmerlin, Rektor S. Zimmerli, Aarau; Dr. H. Welti-Herzog, Aarburg; Seminardirektor A. Frey, Nat.-Rat Wyrsch, Baden; Inspektor E. Zeller, Verwalter H. Zeller, Beuggen; Kantonsrat H. Siegrist, Brugg; Dr. med. Schlatter, Pfr. P. Zimmerlin, Reinach; Nat.-Rat R. Abt, A. Bütler, Wohlen; Nat.-Rat O. Hunziker, Zofingen.

Aus Appenzell: Pfr. D. Weigum, Appenzell.

Aus Baselland: Prof. A. Heusler, Pfr. H. Senn, Albert Steffen, Arlesheim; Landwirt W. Streckeisen, Bisnacht; Pfr. W. Wild, Buus; Pfr. W. Probst, Diegten; Pfr. W. Müller, Gelterkinden; Redaktor M. Barthell, Obergerichtspräsident Erny, Pfr. K. Gauß, Prof. L. Gelpke, Bez.-Lehrer H. Heitz, Dr. med. V. Peter, Liestal; Pfr. W. Vischer, Tenniken.

Aus Baselstadt: Reallehrer K. Baumer, Bibliothekar A. Baur, Pfr. H. Baur, Kunstmaler E. Beurmann, Gerichtspräs. E. Blocher, Advokat W. Boerlin, Töchterschullehrer Ed Brenner, Prof. W. Bruckner, Oberst H. Brüderlin, Dr. A. Burckhardt, Oberst E. Bürgin, Rektor H. Christoffel, Prof. F. Egger, Oberst K. Frey, A. Geering, Dr. Tr. Geering, Pfr. K. Gelzer, Nat.-Rat E. Goettisheim, Prof. K. Goetz, Dr. R. Hallauer, Eug. Hermann, Baumeister G. Hoechli, Prof. G. Hotz, Töchterschullehrer L. Jecklin, Prof. H. Iselin, Advokat E. Hoechlin, Pfr. H. Loew, Dr. med. Lotz, Kunstmaler Burkhart-Mangold, Pfr. E. Miescher, Pfr. M. v. Orelli, Kunstmaler O. Plattner, Gymnasiallehrer Ed. Preiswerk, Dr. Em. Probst, Advokat L. Riggenbach, Nat.-Rat O. Schaer, Ständerat V. E. Scherer, a. Ständerat P. Scherer, Stadtgärtner Ed. Schill, Architekt H. Schwab, Dr. Ad. Stückelberg, Prof. R. Thommen, Prof. Eb. Vischer, Ed. Vischer-Sarasin, Pfr. A. Waldburger, Sek.-Lehrer Ed. Wenk, H. Werner, K. Werner, Ger. Zimmerlin.

Aus Bern: Fürsprech O. Müller, Belp; F. Bühlmann, Rud. v. Erlach, Prof. K. Geiser, Prof. O. von Greyerz, Dr. med. E. Hegg, Prof. Ed. Herzog, Johannes Jegerlehner, Kunstmaler E. Kreidolf, Kunstmaler R. Münger, Oberförster W. Schädelin, Dr. L. Schlachter, Ed. v. Steiger, Prof. J. Steiger, Rudolf v. Tavel, a. Bundesrichter L. Weber, K. Zeender, Bern; Fürsprech A. Bähler, Pfr. Blattner, Biel; Nat.-Rat R. Weber, Graßwil; Pfr. F. v. Steiger, Hindelbank; Pfr. H. Bürgi, Kirchlindach; Oberförster v. Erlach, Fürsprecher A. Gäumann, Langenthal; Dr. med F. Koenig, Schönbühl; Dr. med. K. G. La Roche, Schwarzenegg; Pfr. F. Koenig, Utzenstorf; Dr. med. F. Thoenen, Zweisimmen.

Aus Freiburg: Prof. U. Lampert, Freiburg.

Aus Glarus: Kassier B. Zwicky, Glarus.

Aus Graubünden: Pfr. H. Kutter, San Bernardino; Direktor R. Bertsch, Davos; Dr. L. v. Salis, Haldenstein; Oberstkdt. v. Sprecher, Maienfeld; Advokat V. Cloëtta, St. Moritz, Pfr. J. Obrecht, Trimmis.

Aus Luzern: Prof. J. Etlin, Rechtsanwalt O. Hübscher, W. Miller, Nat.-Rat Müller, Advokat H. Stocker, Luzern.

Aus Schaffhausen: Reallehrer R. Isler, Obergerichtspräsident E. Müller, Reallehrer F. Ruh, Staatsschreiber O. Schaerrer, Schaffhausen.

Aus Schwyz: Prof. Pl. Deplazes, B. Düggelin, B. Hegner, Kassier A. Hicklin, Schwyz.

Aus Solothurn: Gm'deammann B. Kraus, Dornach; Zahnarzt B. Linz, Rechtsanwalt P. Portmann, Kantonsrat O. Walter, Olten; Dr. med. H. Geßner, Schönenwerd; Apotheker A. Forster, Fürsprech O. Miller, a. Ständerat O. Munzinger, a. Nat.-Rat Studer, Solothurn

St. Gallen: Dr. med. K. Merz, Balgach; G. Eckert, Brunnadern; Dr. med. A. Brügger, Mels; Kantonsrichter Roth, Stadtammann Scherrer, E. v. Ziegler, St. Gallen.

Aus dem Tessin: A. Trachsel, Biasca.

Aus dem Thurgau: Dr. H. Richter, Dr. med. A. Streuli, Kreuzlingen; Kantonsrat A. Spengler, Lengwil; Nat.Rat. v. Streng, Sirnach; Th. Käch, Weinfelden.

Aus Uri: Dr. med. Geymüller, Andermatt; Pfr. H. Riedener, Schattdorf.

Aus dem Wallis: Musikdirektor A. Zahner, Brig; Advokat A. Salzmann, Naters.

Aus Zürich: Pfr. E. Hauri, Ellikon; Dr. med. A. Sonder, Herrliberg; Gerichtsschreiber O. Heß, Hinwil; Pfr. K. Buxtorf, Prof. O. Juzi, Prof. A. Steiger, Bez.-Richter Steinbrüchel, Küsnacht; Rechtsanwalt Ed. Hirzel, Meilen; Rechtsanwalt M. Ritzmann, C. R. Ziegler, Wädenswil; Lehrer A. Brändli, Wald; Sek.-Lehrer C. Simmler, Pfr. O. Uhlmann, Wiesendangen; Rektor E. Amberg, Obergerichtspräsident Bertheau, Rechtsanwalt E. Curti, Pfr. J. Diem, Prof. A. Heim, Nat.-Rat H. Hoppeler, Redaktor J. Horner, Oberst G. Kind, Dr. med. G. Leuch, Prof. Nägeli, H. Oehler, Adolf Voegtlin, Zürich.

Wer sich den obigen, ohne planmäßige Sammlung zusammengekommenen Unterschriften anschließen will, möge seine Zustimmung mit oder ohne Erlaubnis zur Veröffentlichung Herrn Dr. Traugott Geering, Bachlettenstraße 54, Basel, mitteilen.

Bücher

Zwei Dichterleben.

(Jos. Viktor Widmann. — Adolf Frey.)

Josef Viktor Widmann und Adolf Frey sind bei ihren Lebzeiten durch Dichterruhm nicht eben verwöhnt worden, weder durch Volkstümlichkeit, noch durch das Lob der Kritik und der Literaturgeschichte. Sie dachten beide zu edel sowohl von der Kunst als von sich selbst, um sich darüber zu grämen. Dem einen, Adolf Frey, schadete die ehrfurchtsvolle Jüngerschaft, die er gegenüber G. Keller und C. F. Meyer bekannte; denn nun sollte er das Beste von ihnen gelernt haben. Der andere, Widmann, stellte sich selber zeitlebens in den